

3

41

V o r t r a g

über die

politische und handelspolitische Stellung

des

allgemeinen deutschen Vereins zum Schutze der
vaterländischen Arbeit,

in der Generalversammlung des Vereins am 10. April 1849

erstattet

durch

Dr. von Kerstorf
aus Augsburg.

(Als Manuscript gedruckt.)

Vertrag

1848

Vertrag zwischen dem Kaiser und dem Reich

1848

Vertrag zwischen dem Kaiser und dem Reich

Vertrag zwischen dem Kaiser und dem Reich



1848

1848

Dr. von Kretschmer

aus Augsburg

(Die Abhandlung ist)

Meine Herren!

§. 1. Die ersten Schritte des Ausschusses, sofort nach seiner Constituierung waren:

einerseits eine versöhnende Ausgleichung der sich anfeindenden oder doch einander mißtrauenden Hauptklassen aller Gewerbetreibenden zu versuchen,

andererseits die leitenden Grundsätze des Vereins, insbesondere in Bezug auf das Dringlichste, die Tarifrfrage, herauszustellen, und hiervon Mittheilung zu machen nach unten und nach oben, um

in dem Bewußtsein Gleichgesinnter, im Vertrauen der bis dahin von den Großgewerben mißtrauisch abgewendeten Handwerksmeister und Arbeiter, sowie in der günstigen Beurtheilung höher stehender Personen für die politische und handelspolitische Stellung des Vereins allmählig festen Fuß zu gewinnen.

Daher die ersten zwei Mittheilungen des Ausschusses:

Kurzer Abriß, als Leitfaden u. d. d. 14. November 1848
(an Staatsmänner vertheilt)

und

Mittheilungen über die Grundsätze und Leistungen u.
d. d. 16. November 1848
(in weiteren Kreisen vertheilt).

§. 2. Bald darauf ergab sich die Nothwendigkeit einer energischeren Geltendmachung der Vereinsgrundsätze bezüglich des Schutzes der vaterländischen Arbeit gegen eine überwältigende Concurrenz des Auslandes; nächste Veranlassung gab das Auftauchen des gemeingefährlichen Clubbs der Freihändler dahier, seine Verzweigung bis in die Mitte der deutschen Nationalversammlung, ein von ihm ausgegangener Zolltarif-Entwurf, endlich die offenbare Protection desselben von Seiten der halb-offiziellen Organe des Reichsministeriums.

Deßhalb die besonderen Ansprachen des Vereins an einzelne Hauptgewerbsbranchen.

Das Bedürfniß tüchtiger Abwehr erzeugte von selbst eine lebhafteste Agitation in allen Ständen, deren schnelles Resultat zunächst eine außerordentliche Zunahme der Ausdehnung und der Bedeutung des Vereins war; um ihn, als das Centralorgan des Schutzes nationaler Arbeit, scharten sich alle gewerbetreibenden Klassen mit

Einschluß der großen Mehrzahl deutscher Handelskammern und Kaufleute. — (Von bloß antidänischen Schleswigern und von bloßen Fremdwarenimporters in Hamburg u. dgl. ist hiebei natürlich nicht die Rede; — doch auch in jenen Gegenden und Orten giebt es Deutsche, die ein größeres Vaterland haben, als die Dänenfurcht, oder die Spekulation auf deutschen Passiv-Handel, — unsere Listen geben ihre Namen.)

Der Erfolg tritt objektiv hervor durch die am Ende dieses Berichtes zu erstattende Mittheilung über die Anzahl der dem Vereine Beigetretenen; es sind nahe an 500,000 Familienhäupter, oder $2\frac{1}{2}$ Millionen Seelen, als deren legitimirter Vertreter in handelspolitischen Interessen unser Verein bereits dasteht.

Thatsachen sprechen!

Das Volk steht auf unserer Seite, wir lassen den Freischächerern das Vergnügen, sich Freihändler zu nennen, den Ruhm der Weisheit und kosmopolitischer Tugend, welchen ihnen bloß ihre besoldeten Diener spenden können.

Vom Volke getragen und anerkannt, mit seinen materiellen Interessen identifizirt, als Mandatar einiger hunderttausend gewerbetreibender Familienhäupter — wird der Verein zum Schutze der vaterländischen Arbeit — ich wiederhole, nicht der Arbeit, sondern der vaterländischen Arbeit vor einer Geldsack-Intrigue den Kampfplatz nicht räumen, und reichen die Machinationen jener Idioten auch noch weiter, — als es bisher leider schon den Anschein hat.

§. 3. Ich sage „leider.“ — Gewiß ist nämlich bloß des Vereins Bedeutung und Ansehen im Volke; zweifelhaft dagegen ist es bis heute noch, ob seine Grundsätze auch bei den übrigen Faktoren der ordentlichen Gewalt vollkommen durchgedrungen sind, und ob nicht die auf dem Mistbeete politischer Handlangerei in die Höhe geschossene Schmarozerspflanze der Freihandelsfreunde quand même bereits mit erstickender Umrankung die Handelskrone des Reiches zu umstricken drohe! —

Unterstützt und gehoben durch die großmüthigen Beiträge und öffentliche Anerkennung einzelner hoher Regierungen, Baden, Bayern, Württemberg, konnte sich der Verein einer gleichen offenen Anerkennung von Seiten des Reichshandelsministeriums bisher noch nicht erfreuen. — Die Ministerialpresse bewies sich größtentheils dem Vereine und seinen handelspolitischen Bestrebungen abgeneigt und zeigte dies nicht allein negativ durch wiederholte Verweigerung des Wortes, sondern positiv, indem sie sich dazu hergab, dem Freihändlerclubb und seinen Verbrüderten die Fahne zu tragen.

Wenn gleichwohl einmal, nämlich gegen Ende Dezember, das Ministerialorgan ein paar halboffizielle Beschwichtigungs-Artikel brachte, so war dies eine Ausnahme, deren besondere Veranlassung ganz speziell in einer durch die Verwerfung des Eisenstuck-Mohlschen Antrags in der National-Versammlung Sitzung vom 16. De-

zember hervorgerufenen Aufregung und damit zusammenhängenden Schritten des Vereins-Ausschusses lag, und worüber hier Näheres zu erörtern nicht am Plage wäre.

Die vorliegende Correspondenz des Ausschusses mit den höchsten Reichsbehörden giebt hierüber Aufschluß. — Diese Correspondenz zeigt auch, daß man damals das Versprechen der Beziehung des Vereinsausschusses zu den Berathungen über Zollangelegenheiten erhielt, — wovon auch öffentliche Blätter in einer Art Erwähnung machten, aus der eine wohlwollendere Anschauung und Beachtung des Vereins von Seiten der höchsten Behörde, andererseits eine wieder mehr Vertrauen aussprechende Haltung des Vereinsausschusses in Beziehung auf das betreffende Reichsministerium zu ersehen und in Folge dessen einem von daher ausgedrückten Wunsche bereitwillig entgegengekommen war, dem nämlich, daß auch der Verein seine Mitwirkung bot zu einer ruhigen und ungestörten Fortbehandlung der schwebenden höchsten politischen Fragen; — bis heute jedoch warten wir noch auf Erfüllung dieses Wortes, obschon inzwischen mehrere Gesetzesentwürfe (Zollakte, Zollgesetz u. dergl.) verathen und die Grundzüge auch zu einem Zolltarife dem Vernehmen nach schon festgesetzt, auch bereits Einladungen zur Bezeichnung von Sachverständigen in einigen Hauptindustriefzweigen an die Einzelstaaten ergangen sind. Die politischen Fragen fanden inzwischen eine von unsern Mandaten wenigstens in keiner Weise gestörte Erledigung durch die Ihnen bekannten Beschlüsse, deren Hauptinhalt mit der Politik des Gesamtministeriums übereinstimmt.

Uns aber mußte aus manchem Wahrzeichen die Ansicht sich aufdrängen, als seien die uns damals gemachten Versicherungen weniger von wirklichem Wohlwollen und übereinstimmender Gesinnung als von einer bloßen Höflichkeit, wenn nicht von Besorgnissen rein politischer Natur diktiert gewesen.

Wie anders konnten wir es deuten, daß die Ministerialpresse unserer Richtung bald darauf wieder mit der alten Parteilichkeit entgegentrat, daß sie die politisch partikularistische Haltung einzelner Staaten mit unwahren und unwürdigen Argumenten aus dem Gebiete der materiellen Interessen bekämpfte und anbei offenbarte, wie sie bereit wäre, die materielle und kommerzielle Einigung Deutschlands der siegreichen Durchführung einer einzigen rein politischen Frage zum Opfer zu bringen, während sie selbst vorher und später alles Drängen derjenigen, die mit der Einheit auch die materielle Wohlfahrt gesetzlich gesichert sehen wollten, und ihrerseits aus denselben Bereiche argumentirten, bloß mit Entrüstung und mit evasiven Wendungen zu beantworten hatte? — Oder sollte es uns beruhigen, wenn die im Parlamente sitzenden Mitglieder des Reichsministeriums systematisch schwiegen, als die höchsten politischen Fragen discutirt wurden? — Konnten wir die freundliche Begrüßung der Einleitung unseres Tarif-Entwurfes in der D. P. A. Z. für officiell oder auch nur halbofficiell ansehen, wenn wir die Masse der

ebendasselbst eingerückten Angriffe, die halbofficielle Expectoration gelegentlich eines Schmähartikels gegen Bayern im Blatte vom 26. Februar, die unserem Tarif-Entwürfe schon als unvollständigem Manuscripte wiederfahrene Unbill durch Ueberlieferung an den hiesigen Freihändlerclubb dagegenhalten?

Giebt vielleicht Gehalt und Ton eines im „Volkswirthe“ vom 21. v. M. über diesen letzten Punkt enthaltenen officiellen Schreibens an M. Elissen d. d. 9. ejusd. oder die weitere in den vorliegenden Akten seit 19. Februar d. J. niedergelegte Correspondenz ein erfreulicheres Bild von der Sache? — Hat man endlich unseren Committenten auch nur Etwas geboten und hat man nicht vielmehr vermieden, mit irgend einem entschiedenen Akte in der Richtung wirksamen Schutzes der nationalen Gewerbsthätigkeit hervorzutreten, ja sogar auf die Gefahr hin dadurch die politische Hauptfrage zu compromittiren?!

Wenn wir deshalb im Eingange dieser Betrachtung einen Zweifel aussprachen, so glauben wir ein gewiß sehr leidenschaftloses Wort gebraucht zu haben. — Groß ist immer noch die Kluft zwischen offenem Mißtrauen und dem Bedauern, daß man vorerst noch keine bestimmte positive Handlung von einem Ministerium habe ausgehen sehen, die unser entschiedenes Vertrauen zu erwecken geeignet wäre, — und wir wollen diese Kluft auch jetzt nicht leichtsinnig überspringen.

Leicht wäre es uns gewesen, die übermüthige und herausfordernde Haltung der Freihandelscoterie, die Verbrüderung der halb-officiellen Presse mit derselben, die *Précédents* der nordischen Bureaucratie in Zollsachen und Handelsverträgen dazu zu benützen, um eine für unsere Grundsätze entstandene Bewegung in die Strömung politischer Parteinahme gegen das Kaiserthum zu leiten, und das Gewicht gegründerer Befürchtungen von Gefährdung der materiellen Interessen wenigstens bis zur Ueberbietung der Bier-Stimmen-Majorität in der Erbkaiserfrage zu steigern. — Der Ausschuß Ihres Vereines als solcher wollte und mußte diesen Weg vermeiden, er vertraut der guten Sache, er weiß, daß sie auf geradem und direktem Wege siegen muß und siegen wird; denn Nationen bildet und Volksstämme erobert man nicht durch articulirte Vota, sondern nur durch die Macht der Interessen; — aber er hofft nun auch, daß die Zeit nicht ferne sei, wo die bisher bloß auf einige ehrenwerthe Persönlichkeiten beschränkte Garantie der Reichshandelspolitik in befriedigenden Thatsachen zu Tage treten und die schon laut gewordenen Vorwürfe, als hätten wir nicht energisch genug gehandelt, beseitigen werde.

Unsere Stellung dem Reichshandelsministerium gegenüber wird sich hiernach in diesem Augenblicke einfach auf Folgendes reduciren:

1) Wir erwarten mit Zuversicht, daß der Herr Reichshandelsminister dem Vereinsausschusse thatsächlich das gegebene Wort halten werde, was auch jetzt noch wohl geschehen kann, nämlich durch Mittheilung der in Zoll- und Handels-Angelegenheiten

ausgearbeiteten Gesegentwürfe und durch förmliche Beiziehung zu den Berathungen hierüber, insbesondere über einen Zolltarif;

- 2) es wird für alle Fälle unsere und aller unserer Freunde und Mitglieder Aufgabe sein, daß endlich mindestens doch ein oder zwei entschiedene Vertreter des für den großen Theil von Deutschland und für die überwiegende Mehrzahl aller Gewerbetreibenden so unentbehrlichen Schutzsystems in das Reichshandelsministerium gezogen und dadurch so manche Bedenken gegen überwiegende Einflüsse einer deutsch-gewerbfeindlichen Coterie auf einzelne Mitglieder desselben einigermaßen ausgeglichen werden.

§. 4. Im Parlamente hat es beinahe den Anschein, als habe die Freihändler-Coterie mit mehr Glück und Geschick operirt als die deutschen Arbeitsfreunde. — Bisher ist es Zufall, daß sie sich dessen rühmen kann, sie ist nämlich zufällig oder aus Berechnung in reinpolitischen Fragen ministeriell, sie konnte die materiellen Interessen vorerst in den Hintergrund stellen und das Ministerium darin unterstützen, jeden Versuch einer Voranstellung der materiellen Fragen von Seiten der Süddeutschen zu vereiteln, indem sie dadurch zugleich eine positive Annahme nationaler Handelspolitik hintertrieb und für ihre Freihandels-Intriguen reines Feld behielt. — Es scheint daher als habe sie die Parthei der Arbeitsfreunde aus dem Felde geschlagen, — aber es scheint nur.

Allerdings ist es traurig, daß sogar unsere Freunde aus Süd- und Mitteldeutschland es versäumt haben zu rechter Zeit dem Rathe der wenigen verlässigen Sachverständigen zu folgen, die vor allem noch eine gesetzliche Bürgschaft für die Behandlung der nächsten handelspolitischen Akte im Sinne des Schutzes und der Förderung der nationalen Gewerbtätigkeit erlangen und dessfalls nicht blind und mit gebundenen Händen in die politische Neugestaltung eingehen wollten, es läßt sich jedoch hierin nichts ändern; zu jener Zeit waren die politischen Begierden und Antipathien zu stark aufgereggt, die Partheien waren zu sehr im Kampfe der Idealspolitik befangen, der materielle Boden war sogar von denjenigen Regierungen, die am allermeisten Ursache gehabt hätten darauf zu fußen, zu wenig in's Auge gefaßt, als daß man sich wundern dürfte, wie am Ende auch ganz unzweideutige Freunde deutscher Arbeit den Faden verloren und denjenigen zustimmten, die entweder aus totaler Unkenntniß der Materie oder in angenommener Manier politischer Großthuererei und geringschätzender Hinwegsetzung über derlei Dinge die ganze Politik ohne Handelspolitik fertig zu bringen dachten. Sie vertrösteten sich, es sei noch immer Zeit dafür, sobald nur erst das Verfassungswerk, wie man das Uebrige nannte, fertig sei, und so ließen sie ganz nach Wunsch ihrer politischen Gegner die materiellen Fragen gänzlich aus dem Hause verbannen, — bis es zu spät war.

Diese sind nun aus dem Zusammenhange genommen, in welchem sie nothwendig stehen mußten mit den übrigen Zeugnissen gesetzgebender Fruchtbarkeit des Parlaments, — ihre einzige Stütze ist ihr

eigenes faktisches Gewicht, ihre einzige Garantie — die künftige Legislation; bis dahin aber wird Wohl und Wehe des Gewerbestandes in Deutschland mehr oder minder vom Zufall einiger Persönlichkeiten abhängen und aller jener Einflüsse, die möglich sind, wo nicht in gesetzlichen Direktiven ein Corrolar für die Verantwortlichkeit der Administration gegeben ist.

Die Freihändler-Coterie hat sich inzwischen sicherem Vernehmen nach eine Zustimmung-Versicherung von 110 Parlaments-Mitgliedern verschafft und diese Ehrenliste dem Reichshandels-Ministerium vorgelegt; deren Veröffentlichung dürfte für das gesammte gewerbetreibende Deutschland und besonders für die Wähler von Interesse sein, auch würde sie ein schickliches Pendant abgeben zu einem unlängst noch im Parlamente von dieser Coterie veranlaßten Interpellation, welcher die erwähnte officiële Mittheilung unseres noch unvollendeten Tarif-Entwurfes an dieselbe auf dem Fuße folgte.

Gerade im Parlamente sitzen die Hauptführer der Freihandelsparthei, gerade sie sind es, die zugleich ostensibel an der Spitze des hiesigen Freihandelsklubbs stehen; größtentheils aber gilt diese Vertretung im Parlamente den Gewählten und nicht ihren Wählern, die Veröffentlichung dieser Liste würde dies klar machen.

Die Vertretung des Schutzes der nationalen Arbeit dagegen wurzelt bisher vorzugsweise immer noch mehr bei den Wählern als bei den Gewählten; unser Verein zählt verhältnißmäßig zu wenige Mitglieder in der Nationalversammlung und nur wenige Anhänger seiner Grundsätze sind als entschiedene und offene Vertreter desselben hervorgetreten, wohl aber sind dieselben um so tüchtigere und unermüdlichere Streiter auf diesem Felde.

Undankbar wäre es, wollte ich hier nicht nochmals jener andauernden und schätzbaren Unterstützung und Theilnahme erwähnen, die uns von Seiten der in Zoll- und Handelsachen hier accreditierten Bevollmächtigten der königlich bayerischen, württembergischen, großherzoglich badischen Regierungen gewährt wurde — ein Verhältniß, das bisher so ziemlich die Lichtseite unserer politischen Stellung war.

Das Resultat dieser Betrachtung läßt sich in folgenden Direktiven zusammenfassen:

- 1) daß wir unsere Blicke vorzüglich auf die nächsten Wahlen zum Volkshaufe und auf die wegen ihrer Delegationen zum Staatenhaufe nun doppelt wichtigen Wahlen zu den Landtagen der Einzelstaaten zu richten haben;
- 2) daß wir alle Kräfte aufbieten müssen, um bei den nächsten Reichstags-Wahlen nicht bloße Ideal- sondern Real-Politiker aus der Urne hervorgehen zu sehen, und zwar vor allem tüchtige und — unzweideutige Kämpfer für den Schutz und die Förderung der nationalen Arbeit.

§. 5. Die bisherige Stellung der Parteien im Parlamente, die Qualification vieler Abgeordneten in besonderer Beziehung auf Handelspolitik, der Umstand, daß in dieser Versammlung das erste und letzte Wort von Einem Körper ausgeht und kein anderes Organ gesetzgebender Gewalt mit ihm concurrirt, die bereits gemachte Erfahrung einer Neigung zur Abmachung auch der wichtigsten Angelegenheiten, besonders blos als Spezial-Fachsache angesehener, in Bausch und Bogen (z. B. das Reichswchselgesetz), der Umstand endlich, daß die Initiative in unseren wichtigsten Angelegenheiten bereits in Händen des Reichs-Ministeriums liegt, von dessen unserer Richtung günstiger Gesinnung wir leider noch immer keinen tatsächlichen Beweis haben, das aber über eine nicht unbedeutende politische Partei verfügt, die ihm das Eine nicht versagen dürfte, nachdem sie ihm das Andere gewährt, — dies sind eben so viele Gründe, weshalb wir eine Einbringung der Zoll- und Handelsgesetze und des Tarifs an die gegenwärtige constituirende National-Versammlung eben nicht mehr für besonders erwünscht halten dürften.

Je ungewisser das Bleiben der Oesterreicher im Parlamente, um so größer ist die Gefahr. — Nur wenn sie bleiben und mitstimmen und wenn wie zu hoffen die Abgeordneten aus Rheinland, Westphalen und Schlesien das Band materieller Interessen nicht geringer achten, als die Befriedigung anderer Politischer Lieblingsideen, nur dann könnten wir in diesem Hause mit Zuversicht auf günstige Resultate rechnen. — Ohne Oesterreich aber wären wir in der Lage, bezüglich dieser in's tiefste Leben der Nation eindringenden Fragen ganz Süd- und Mittel-Deutschland unbedingt unter die Botmäßigkeit des Nordens gestellt zu sehen, das Gesetz für ganz Deutschland vom Norden allein zu empfangen! Die Industrie von Norddeutschland würde dabei im concreten Falle dieselbe Gefahr laufen wie die Süddeutsche, denn auch sie ist äußerst schwach vertreten und nur unsere gemeinsamen Gegner, die nicht productirenden Händler, haben sich zu Zeiten der möglichst großen Zahl von Sitzen in diesem Hause versichert.

§. 6. Ein neuer Reichstag dürfte auf alle Fälle bessere Garantien für eine dem allgemeinen Wohl entsprechende Handelspolitik bieten. Wir lassen es dahingestellt, ob dann nicht selbst ohne Oesterreich schon im Volkshause die Majorität unseren Grundsätzen beifallen würde. Gewiß wäre vor auszusehen, daß bei Neuwahlen der Gewerbsstand des bisher zollverbündeten Preußen eine viel größere Anzahl solcher Abgeordneten senden würde, die es für undeutsch und gewissenlos ansehen würden, den Fremdwaren-Einführern um jeden Preis nicht sofort mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten. Der festeste Halt würde voraussichtlich auf die Dauer der Nichtmitwirkung Oesterreichs in einem nach dem Zusaze zu §. 87 der Reichsverfassung zusammengesetzten Staatenhause zu hoffen sein, — und hierin, in diesem Zusaze, erkennen wir mit dem aufrichtigsten Danke das Resultat der unermüdlichen Bestrebung einer Minorität, die zur Sicherung eines politischen Gleichgewichtes in den materiellen Interessen wenigstens noch zu retten suchte, was möglich war, nach-

dem sie selbst ihre Parteistellung in anderer Beziehung hochherzig aufgegeben hatte! —

Nimmt man die vorherrschende Eigenschaft der betreffenden Einzelstaaten oder Provinzen als Gewerbetreibende oder mehr blos Landwirthschaft oder Handeltreibende zum Maassstabe und folgt man den in unserem Verein über die Stimmung der Bevölkerungen überhaupt gewonnenen Erfahrungen, so kann man im Staatenhause von in Sa. 167 Stimmen (exclusive Oesterreich und Liechtenstein) mit hoher Wahrscheinlichkeit auf 85 bis 90 und wohl nicht ohne Grund noch auf 5 bis 7 Stimmen weiter zählen, denen nur eine unseren Grundsätzen entsprechende Handelspolitik und Zollgesetzgebung als eine der deutschen Nation würdige und ihren Bedürfnissen angemessene erscheinen wird.

Es folgt hieraus:

- 1) daß wir nur bei der Gewissheit des Bleibens der Oesterreicher einer Verhandlung der commerciellen Fragen noch in dieser National-Versammlung ohne Beunruhigung entgegen sehen könnten;
- 2) entgegengesetztenfalls deren Vertagung dringend wünschen,
- 3) äussersten Falls aber gegen Mitzählung solcher Stimmen Protest veranlassen müßten, die nach Art. 1 der Verfassung vorerst gewiß noch minder legitimirt erscheinen dürften als unsere österreichischen Brüder aus den bisherigen Bundeslanden.

§. 7. Der Bericht über den Welcker'schen Antrag veranlaßte Ihren Ausschuss zu wiederholtenmalen zur Erwägung der Frage, ob es nicht an der Zeit sei, bei diesem schleunigen Abschlusse des Verfassungswerkes nochmals den Versuch zu machen, mindestens irgend eine verfassungsmäßige Direktive für die Handels- und Zollgesetzgebung zu erlangen.

Auf den Rath eines der bewährtesten Rechtsgelehrten und Freunde deutscher Arbeit, der uns von der Unthunlichkeit der Einbringung eines desfalligen Amendements überzeugte, in Erwägung ferner des über den Zusatz des §. 87 der Verfassung schon oben Erwähnten, — mußten wir hiervon absehen. Am mindesten aber wollten wir Anlaß geben, daß man uns vorwerfe, wir hätten das Argument der materiellen Interessen an ungehörigem Orte dazwischen zu schieben und nur eine politische Parteifeindschaft damit zu bemänteln gesucht — die wir nicht hegten! —

Vorher war es am Plage davon zu reden — auch jetzt wieder ist dies der Fall — aber bei der im Sturme dahergetroffenen Kaiserfrage war uns, zu schweigen, ein Gebot der Schicklichkeit und der nationalen deutschen Gesinnung.

§. 8. Diese Gesinnung hatte uns bei Ausarbeitung unseres Tarifes fast unwillkürlich auf eine politische Seite gestellt, nur lag es nicht in unserer Macht und Bestimmung, diese Stellung zu behaupten und activ zu vertreten. Die Oesterreichische Frage wurde

der Kris=Apfel der deutschen Einheit, sie wurde eine confessionell= dynastische und principielle, eine reine politische Parteifrage. Ohne Parteinahme für welche immer eine Hegemonie im Bundesstaate mußten wir Deutsch=Österreichs politische Verbindung mit dem deutschen Reiche voraussetzen, um unserer nationalen Gesinnung genug zu thun und zugleich den politischen Boden zu gewinnen für den großen commerciellen Verband mit allen österreichischen Erb=landen, dessen Erstrebung uns das Wichtigste und Entscheidendste für Deutschlands handelspolitische Macht und Wohlfahrt schien.

Soll ich Ihnen, m. H., die unermesslichen Folgen einer solchen handelspolitischen Einigung auseinanderlegen, die Nachteile erörtern, falls sie unterblieben? — Sie kennen die Verhältnisse, ich kann nicht wiederholen, was Autoritäten wie Moritz Mohl, v. Herrmann, Eisenstuck und Andere zu wiederholtenmalen umfassend hierüber gesagt und geschrieben haben. — Nur auf Eines erlaube ich mir aufmerksam zu machen, darauf nämlich, daß uns jener unermessliche Markt nur unter der Voraussetzung politischer Einigung mit einem großen Theile von Oesterreich und einer entsprechenden Stellung des Hauses Habsburg im deutschen Reiche erreichbar, ansonst aber mehr oder weniger ein frommer Wunsch sein und bleiben wird.

Deutsch=Oesterreich nämlich sucht politische Garantien seiner Freiheit und Nationalität im deutschen Reiche; dies ist sein Ziel=punkt. —

Wollten wir den unsrigen erreichen, so mußten wir jenes Ziel als unsern Ausgangspunkt annehmen. — Daher eine kaum zu entwirrende Durchwebung der Motive, welche sonst sehr divergirende Politiker in der Oesterr. Frage immer wieder aneinander fesselt, daher die Nothwendigkeit auch für uns, in dieser Frage eine rein politische Voraussetzung zu adoptiren.

Diese Grundlage unserer commerciellen Politik ist nun vom Partheienstreit zerrissen, von den Ereignissen und durch die eigene Haltung Oesterreichs in Frage gestellt, ja zum Theil schon verloren wie es scheint; — wir haben aber zuviel Vertrauen auf das überwiegende Gewicht der Nationalität und der materiellen Interessen, als daß wir, auch wie die Sachen heute stehen, an einer großen glücklichen Zukunft mit Oesterreich schon verzweifeln könnten. —

Eine ganz Deutschland umfassende Handelspolitik war im November v. J. unser Ideal und unsere Aufgabe. Unser Tarif=Entwurf hat deshalb auf Oesterreich stete Rücksicht genommen — und wir hatten keine Ursache, ihn in dieser Beziehung, wie leicht hätte geschehen können, deshalb noch abzuändern, weil inzwischen die einstweilige politische Trennung von Oesterreich in's Reich der Thatfachen getreten und damit unsere Voraussetzung in betrübendem Grade geschwächt ist. — Im Gegentheile erst jetzt dürfte es uns doppelt zur Pflicht gemacht sein, mit treuer Ausdauer und aller trüben Erscheinungen ungeachtet an unserer nationalökonomischen und handelspolitischen Aufgabe festzuhalten, einen Wunsch lebendig zu

erhalten, dessen Erfüllung im höchsten Interesse Deutschlands liegt, indem wir nicht aufhören, die objektive Möglichkeit seiner Ausführung zu zeigen, ihr selbstständig nachzustreben. —

§. 9. Nur einmal hatten wir ausnahmsweise Veranlassung, ein lautes und entschiedenes Wort an die Nationalversammlung zu richten. — Unser Protest gegen den Vorschlag eines Wahlgesetzes zum Volks- hause ist allgemein bekannt. — Mit Unrecht ist dieser Schritt dem Ausschusse zum Theil übel gedeutet worden. Man imputirte uns dabei, als hätten wir anmaßlich in die parlamentarische Thätigkeit eingreifen, einem ganz unbedingten allgemeinen Wahlrechte das Wort reden und — wie man sagte — diese ultrademokratische Idee im Arbeiterstande so recht auffrischen und nähren, auch allen- falls uns damit einen Stein in's Brett setzen und für weis Gott welche Eventualitäten dem Arbeiterstande schön thun wollen u. dgl.

Die §. §. 1 und 8 der Vereinsfakungen gaben uns hinreichende formelle Veranlassung, ja auch ohne diese §. §. wäre es unsere Pflicht gewesen, einzutreten gegen eine ungerechte, unnöthige und Unfrieden erzeugende Verunglimpfung des Arbeiterstandes. Eine Kritik von Anträgen ist an sich keine Anmaßung; eine solche wäre es allen- falls gewesen, wenn wir den Hochgelehrten Mitgliedern des Ver- fassungsausschusses hätten das Concept positiv corrigiren wollen; dafür hatte die Minorität und andere Antragsteller der hohen Natio- nalversammlung selbst zu sorgen und zum Theile wirklich gesorgt. —

Wir verhielten uns blos negativ und protestirend. — Gegen uns unterschobene Tendenzen und vom Zaune gebrochene Verdäch- tigungen hielten wir jede Erwiderung unter unserer Würde.

Daß zur Zeit auch ein vernünftiger und mäßiger Censur für unausführbar erachtet und von der Nationalversammlung davon ab- gesehen wurde — das ist nicht die Schuld des Arbeiterstandes und darum durfte man weder ihm noch uns zürnen. —

Was wir über das allgemeine Stimmrecht denken, hatten wir nicht dort, sondern anderswo zu sagen; den Arbeitern, die sich an uns gewendet haben, sind wir eine offene Antwort nicht schuldig geblieben, auch auf die Gefahr hin, nun ihrerseits mißverstanden und minder belobt zu werden. —

So lange der Ausschuss die Ehre hat, die nationale Arbeit zu vertreten, wird er sich nie entschlagen, auch die Interessen und die Ehre des Arbeiterstandes, als solchen, auf's eifrigste zu wahren, dessen Ehrenhaftigkeit nur da in Gefahr kommt, wo man sie be- zweifelt, ihn mißtrauisch und lieblos von sich stößt und, anstatt ihn zu sich heraufzuziehen, den Einflüssen der gemeinsten Wähler un- bekümmert anheimgibt! —

Das Resultat unseres Protestes war ein sehr wünschenswerthes, so weit wir davon wissen können. —

Die ehrenhaften Arbeiter finden sich gestärkt in ihrem Ver- trauen auf die Wahrheit und Aufrichtigkeit jener Versicherungen,

daß die auf höherer Stufe stehenden Gewerbtreibenden ihre und die eigenen Interessen wirklich als gemeinsame betrachten und gleich eifrig pflegen und vertreten wollen; — sie haben sich in ebenso einfachen als bescheidenen Danksayungen an uns gewendet, welche zur Einsicht vorliegen und aus denen jedenfalls soviel zu ersehen ist, daß wir sie besser kannten als jene Politiker, die bloß ein gefährliches und rothrepublikanisches Proletariat, das bei jedem Funken wie eine Mine loskrachen müsse, in ihnen zu fürchten gewohnt sind.

Den idiotischen Freihändlern in und außer dem Parlamente aber wollen wir gleich wohl verzeihen, wenn sie in ihrem Aerger über diesen Gegenbeweis einer ganz kurz vorher von ihnen ausgegangenen Verächtigung, als seien wir bloß ein monopolstüchtiger Fabrikanten = Verein, nun mordio und feurio schreien und sofort herausbringen wollten, wir müßten rothe Republikaner sein. — Man weiß, wir sind — was sie nicht sind, — Wirkliche Deutsche! —

§. 10. Die Uebersicht der uns zugekommenen Beitritts- und Zustimmungserklärungen und Legitimationen ist zum größten Theile in dem an die Mitglieder so eben vertheilten gedruckten Blatte schon enthalten, welches den Bestand bis 1. März d. J. angiebt, und Abdrücke von einigen interessanten Petitionen und dgl. enthält.

Eine Fortsetzung dieses Extrablattes wird demnächst erscheinen. —

Die Zahl der Beigetretenen ist bis Ende März d. J. noch beträchtlich gestiegen, an welchem Tage der Abschluß folgendes Resultat ergibt:

Summe der einzelnen Einläufe **1115** Nummern.

(Hierunter häufig ganze Bände und Hefte, welche nur für eine Nummer gezählt sind, und die meistens mehrere, ja oft hunderte verschiedener Orte umfassen.)

Unterschriften von Familienhäuptern in Sa: **243,559.**

(Diese enthalten auch Bestimmungen ganzer Magistrate Namens größerer und kleinerer Städte und Orte, — Vorsteherchaften von Gewerbe- und dergleichen Vereinen, ganzer Kreise und Bezirke, oft ohne Angabe der Mitglieder und der Einwohnerzahl; sonach ist die Summe der hierin Vertretenen jedenfalls eine bei weitem größere als die angegebene.)

Die übrige Familienzahl unserer Committenten ist anzuschlagen auf 974,236 Seelen.

(Es ist hierbei der Maafstab der den meisten Unterschriften ausdrücklich beigesetzten Familienzahl analog auf die übrigen angewendet; speziell angegeben sind über 850,000.)

Die Summe der ausdrücklich durch unseren Verein zu Vertretenden und zu gleichen Grundsätzen mit uns Vereinten nebst ihren Angehörigen beläuft sich somit auf eine Seelenzahl von mindestens 1,217,795;

zugänglich einer ohngefähr gleichen Zahl bei der Nationalversammlung direkt Eingekommener erscheint die Gesamtzahl der den Vereinsgrundsätzen folgenden Gewerbtreibenden und Arbeitsfreunde aus allen Ständen, wie schon im Eingange erwähnt, mit ca. 480,000 bis 500,000 Familienhäuptern, und repräsentirt nahezu 2,500,000 Seelen.

Die Register liegen vor. —

Erfreulich wird es Ihnen sein, zu vernehmen, daß der Verein eine besondere Beitrittserklärung mit 41 Unterschriften von bayerischen Landtags-Abgeordneten und hierunter den hervorragendsten Namen erhalten hat. —

Wir zählen unter den Beigetretenen insbesondere auch folgende, worauf wir Sie in handelspolitisch-statistischer Rücksicht aufmerksam machen:

Die Gewerbevereine zu Dessau, zu Marienburg und Perlberg in Nord-Preußen, Bauernverein zu St. Johannis bei Bayreuth, 136 Zustimmungserklärungen aus dem Mecklenburg'schen, 1031 aus dem Oldenburg'schen, 500 aus der freien Stadt Frankfurt a. M., über 27,000 aus den preussischen Provinzen Rheinland, Westphalen und Schlesien, 565 aus Braunschweig, bereits einige Hunderte aus Uslar u. s. w. im Hannover'schen u. c.

Von den s. Z. eingelaufenen Riesenpetitionen aus den Königreichen Sachsen und Württemberg haben Sie durch öffentliche Blätter Kunde. Die aus dem Königreiche Bayern eingelaufenen Petitionen bilden eine fast ebenso bedeutende Masse.

Ueber drei Viertel dieser Petitionen und Legitimationen sind bereits an die hohe Nationalversammlung eingereicht und durch diese dem Reichshandelsministerium mitgetheilt; sie werden bald vollständig an das Parlament vorgelegt sein.

Uebrigens laufen die Beitrittserklärungen noch immer fort und schon seit Anfang April dürften sie neuerdings um einige Tausende zugenommen haben.

Die diesem Vortrage entsprechenden Anträge bedürfen keiner besonderen Formulirung; wir hoffen einfach auf Ihre Guttheißung der in den einzelnen Absätzen hier eingeführten Resumés, deren Inhalt sodann als Directive für die weitere Geschäftsbehandlung des Ausschusses zu dienen hätte.

Werfen wir schließlich einen Blick zurück auf das Ganze, so ergibt sich, daß der Verein wirklich so, wie es in seinen ersten Veröffentlichungen vom November vorigen Jahres vorausgesagt war, als das Centralorgan fast aller ähnlichen Vereine des Vaterlandes da-

steht und daß er seinem ersten politischen Ziele von Tag zu Tag näher gekommen ist, dem nämlich:

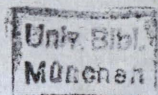
Die verschiedensten Klassen von Arbeitern unter dem
versöhnlichen Dache seines Motto's zu schaaren:

„Schutz u. Förderung d. nationalen Arbeit!“

Möge sich bald auch unser heißester Wunsch erfüllen:

daß in jenem großen nationalen Grundsatz und
dessen ehrlicher Anwendung ein Versöhnungs-
moment für die sociale Frage der Gegenwart
gefunden werde!

Dr. von Kerstorf.



habe ihm das er seinen ersten politischen Ziele von Tod zu Tod
näher gekommen ist, dem nämlichen:

Die verschiedenen Nationen von Mittel-Europa unter dem
Verstand des Landes, des Mittel-Europas zu vereinigen:

„Schon in Förderung d. nationalen Selbstheit“

Wäre ich bald auch unter deutscher Freiheit zu stehen
daß in einem großen nationalen Lande das uns
selbst ein solches Land zu sein und ein solches Land
moment für die letzte Stufe der Freiheit
gekommen wird!

Dr. von Schöler

Buchdruckerei: Chr. Friedr. Will in Darmstadt.
